Antrag

der Fraktion der FDP

Für eine sinnvolle Gemeindefinanzreform

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf,

- 1. im Bundesrat das Konzept der Bundesregierung zur Reform der Gemeindefinanzen abzulehnen,
- im Bundesrat einen Antrag einzubringen, mit dem Ziel, die Gewerbesteuer abzuschaffen, im Gegenzug gesamtwirtschaftlich aufkommensneutral ein Hebesatzrecht der Gemeinden auf die Einkommen- und Körperschaftssteuer einzuführen und den Anteil der Gemeinden an der Umsatzsteuer zu erhöhen.

Begründung:

Die von der Bundesregierung angekündigte Reform der Gewerbesteuer würde die wirtschaftlichen Probleme Deutschlands verschärfen und den Gemeinden im Ergebnis kaum zusätzliche Einnahmen bringen.

Um die bedrohliche Finanzlage der Gemeinden zu bereinigen und die kaum durchschaubaren Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen zu vereinfachen, ist ein gemeindliches Hebesatzrecht auf die Einkommen- und Körperschaftssteuer die sinnvollste Lösung.

Sie brächte den Gemeinden auch erheblich verlässlichere Einnahmen, weil Einkommen- und Körperschaftssteuer deutlich weniger mit der Konjunktur schwanken als die Gewerbesteuer.

Die Gemeinden leisten den größten Teil der staatlichen Investitionen. Deshalb soll die Finanzkraft der Gemeinden zusätzlich durch einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer gestärkt werden.